

# FREIBERUFLER-TICKER vom 19. Februar 2021

## 1. Wirtschaftsgipfel im BMWi

Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, tauschte sich am 16. Februar 2021 mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden über die aktuelle Corona-Lage in den verschiedenen Sektoren und Erfahrungen mit den Hilfsprogrammen aus. Für den BFB nahm Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki teil und [positionierte](#) sich auch medial. Vereinbart wurde, bis zum nächsten Bund-Länder-Treffen am 3. März 2021 gemeinsam eine Öffnungsstrategie zu konzipieren.

## 2. Bundesrat zur Insolvenzantragspflicht

Ende vergangener Woche stimmte der [Bundesrat](#) einer weiteren Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. April 2021 zu. Diese gilt für Unternehmen, die Leistungen aus den staatlichen Hilfsprogrammen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie erwarten können. Voraussetzung ist eine Antragstellung im Zeitraum vom 1. November 2020 bis zum 28. Februar 2021. Soweit allerdings von November bis Ende Februar aus rechtlichen, vor allem beihilferechtlichen oder tatsächlichen Gründen, besonders IT-technischen Gründen, noch keine Anträge gestellt werden konnten beziehungsweise können, wird die Insolvenzantragspflicht auch für solche Unternehmen ausgesetzt, die nach den Bedingungen des Programms in den Kreis der Antragsberechtigten fallen. Weiter verlängerte der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates den Anfechtungsschutz für pandemiebedingte Stundungen sowie die Frist zur Abgabe einer Steuererklärung durch Steuerberater um ein halbes Jahr.

## 3. Eurobarometer-Umfrage: Corona-Krise auf EU-Ebene bekämpfen, Reformen wünschenswert

Einer aktuellen [Eurobarometer-Umfrage](#) zufolge hat die Pandemie die Ansicht gestärkt, dass die Europäische Union (EU) ein guter Rahmen ist, um Lösungen zu deren Überwindung zu entwickeln. So sind 72 Prozent der EU-weit Befragten (Deutschland 72 Prozent) der Auffassung, dass etwa der [Europäische Aufbauplan](#) eine schnellere wirtschaftliche Erholung in ihrem Land ermöglichen würde. Der Anteil der Bürger, die sich positiv über die EU äußern, ist zudem um zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2020 gestiegen. 66 Prozent (DE 72 Prozent) aller Befragten sind optimistisch, was die Zukunft der EU angeht. Dennoch bleibt der individuelle Ausblick zurückhaltend: 52 Prozent der Befragten (DE 61 Prozent) erwartet, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr genauso sein werden wie heute. 24 Prozent der Befragten (DE 16 Prozent) denkt, dass es ihnen in einem Jahr sogar schlechter gehen wird, während 21 Prozent (DE 22 Prozent) glauben, dass sich ihre Lage verbessern dürfte. Die Pandemie und andere globale Herausforderungen bestärken die Bürger aber auch in ihrem Ruf nach Reformen. Zwar haben die positiven Einstellungen gegenüber der EU zugenommen, parallel ist aber auch der Wunsch nach Veränderungen gestiegen: Nur 27 Prozent der Befragten (DE 33 Prozent) unterstützen die EU so, wie sie derzeit besteht, während 44 Prozent (DE 49 Prozent) die EU eher unterstützen, sich jedoch Reform wünschen. 22 Prozent (DE 15 Prozent) sehen die EU weiterhin eher skeptisch.

## 4. Fachkräftemangel in der Corona-Krise

Das neu konzipierte KfW-ifo-[Fachkräftebarometer](#), erstmals veröffentlicht am 18. Februar 2021, zeigt auf, in welchem Umfang Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel behindert sehen – insgesamt und nach Wirtschaftszweigen und Regionen differenziert. Im

ersten Quartal 2021 wurde die Geschäftstätigkeit von 20,6 Prozent der Unternehmen von Fachkräftemangel behindert. Trotz des Lockdowns waren das 5,6 Prozentpunkte mehr als noch im dritten Quartal 2020. In wichtigen Dienstleistungsbereichen wie Architektur- und Ingenieurbüros, Rechts- und Steuerberatung und Dienstleistungen der Informationstechnik sind zwischen 30 und 50 Prozent der Unternehmen betroffen. In den folgenden Jahren kann Fachkräfteknappheit durch den sukzessiven Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge und das schwache Wachstum der Arbeitsproduktivität zu einem gravierenden Wachstumshemmnis werden. Das KfW-ifo-Fachkräftebarometer erscheint künftig im Frühjahr und Herbst, um die Entwicklung zu analysieren.

## **5. Jeder Vierte arbeitet im Homeoffice**

Ein Viertel der Erwerbstätigen in Deutschland arbeitete Ende Januar 2021 vorwiegend oder ausschließlich im Homeoffice. Der Anteil liegt damit wieder in etwa so hoch wie während des ersten Lockdowns im April 2020 (27 Prozent) und er ist in den vergangenen Monaten gestiegen: von 14 Prozent im November auf 17 Prozent im Dezember und dann auf 24 Prozent im Januar. Das ergibt die neue Welle der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, die am 16. Februar 2021 [veröffentlicht](#) wurde.

## **6. Beschäftigte geben ihren Arbeitgebern gute Noten**

86 Prozent der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft sind auch in der Corona-Krise mit dem Verhalten ihres Arbeitgebers gegenüber seinen Beschäftigten zufrieden. Das ist das Ergebnis einer [Umfrage](#) vom November 2020 unter 1.000 Beschäftigten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, die Ende vergangener Woche veröffentlicht wurden. Weder unterscheiden sich die Antworten der Westdeutschen von denen der Ostdeutschen noch gehen die Einschätzungen jüngerer und älterer Arbeitnehmer auseinander. Lediglich das Einkommen beeinflusst die Einstellung gegenüber dem Arbeitgeber. In der Gruppe derjenigen, die mehr als 3.500 Euro im Monat verdienen, ist die Zustimmung mit 93 Prozent besonders hoch. Aber auch bei den Geringverdienern sind noch 78 Prozent zufrieden. Fünf Prozent der Befragten antworten, dass ihr Arbeitgeber den Beschäftigten mit Kindern geholfen hat, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. 90 Prozent sagen, dass ihr Unternehmen Maßnahmen ergriffen hat, damit sich Beschäftigte nicht infizieren.

## **7. Herausforderungen bei der Ausbildung vor Corona**

2019 blieben 26 Prozent aller Ausbildungsplätze in Deutschland unbesetzt. Das zeigt eine am 16. Februar 2021 veröffentlichte [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gleichzeitig wurden im Ausbildungsjahr 2018/2019 15 Prozent aller abgeschlossenen Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst oder von den Auszubildenden nicht angetreten. 40 Prozent aller vorzeitig gelösten Verträge wurden vom Betrieb aufgelöst. Als häufigste Gründe gaben die Betriebe fehlendes Engagement, mangelndes Sozialverhalten und eine Überforderung der Auszubildenden an. In Kleinstbetrieben wurden insgesamt 27 Prozent der Verträge vorzeitig gelöst oder nicht angetreten, in Großbetrieben sieben Prozent. Um die Attraktivität der Ausbildungsplätze zu erhöhen, bot ein Großteil der Ausbildungsbetriebe 2019 Geld- und Sachleistungen über die Ausbildungsvergütung hinaus an. Die häufigsten Instrumente stellten Zuschüsse zur Altersvorsorge, Leistungen zur Unterstützung der Mobilität sowie Prämien und Sonderzahlungen dar. Insgesamt machten 63 Prozent der Ausbildungsbetriebe davon Gebrauch.

## 8. 1,18 Millionen offene Stellen im vierten Quartal

Gegenüber dem Vorjahresniveau vom vierten Quartal 2019 sank die Zahl der offenen Stellen damit um 231.000. Das entspricht einem Rückgang von rund 16 Prozent. Gegenüber dem dritten Quartal 2020 stieg die Zahl der offenen Stellen jedoch um 250.000 oder 27 Prozent an. Das geht aus der Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor, deren Ergebnisse am 18. Februar 2021 [veröffentlicht](#) wurden.

## 9. Erste Bilanz zur Arbeit der ZSBA

Ein Jahr nach Start der [Zentralen Servicestelle Berufsankennung \(ZSBA\)](#) bei der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung in Bonn ziehen Anja Karliczek MdB (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, und Daniel Terzenbach, Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit (BA), laut einer [Pressemitteilung](#) vom 18. Februar 2021 eine positive Bilanz. Seit 1. Februar 2020 berät die ZSBA Fachkräfte im Ausland zu Fragen der beruflichen Anerkennung und begleitet sie durch die Verfahren bis zu ihrer Einreise nach Deutschland. Nach anfangs zögerlichem Start während des Lockdowns im März 2020 stieg die Zahl der beratenen Personen bis Ende Dezember 2020 auf 1.460. An erster Stelle stehen dabei Ärztinnen und Ärzte mit 220 und Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger mit rund 90 Personen. Um eine gute Zusammenarbeit zwischen den Anerkennungsstellen in den Ländern und der ZSBA sicherzustellen, haben Bundesregierung und BA mit allen 16 Bundesländern Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die engmaschige Begleitung der Fachkräfte die Antragstellung erleichtert, Hürden abbaut und den Erfolg der Verfahren erhöht.

## 10. Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen in der Arbeitswelt nimmt zu

Rund 68 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland benötigen Kenntnisse in Fremdsprachen, wobei für rund 46 Prozent Grundkenntnisse und für rund 22 Prozent Fachkenntnisse erforderlich sind. Dies sind Ergebnisse einer aktuellen Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung auf der Basis von repräsentativen Erwerbstätigenbefragungen aus den Jahren 2006, 2012 und 2018, die am 18. Februar 2021 [veröffentlicht](#) wurden. Unterscheidet man nach dem Anforderungsniveau wird deutlich, dass die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen bei Tätigkeiten, für die eine Berufsausbildung erforderlich ist, von rund 44 Prozent (2006) über 53 Prozent (2012) auf zuletzt 65 Prozent (2018) kontinuierlich gestiegen ist. Bei Tätigkeiten, für die ein Hochschulabschluss erforderlich ist, stieg der Wert von rund 78 Prozent (2006) über 83 Prozent (2012) auf zuletzt fast 89 Prozent (2018). Nach Berufssektoren differenziert sind es vor allem IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe, in denen am häufigsten Fremdsprachenkenntnisse gefordert werden (rund 91 Prozent). Bei den kaufmännischen, unternehmensbezogenen, fertigungstechnischen und personenbezogenen Dienstleistungsberufen sind es zwischen 70 und 75 Prozent der Erwerbstätigen, die Kenntnisse in Fremdsprachen benötigen.

## 11. Enger Zusammenhang zwischen Risikobereitschaft und Selbstständigkeit

Hierzu präsentierte die KfW Ende vergangener Woche eine [Ausarbeitung](#). Danach sind Selbstständige – insbesondere „frische“ Gründer – im Durchschnitt risikobereiter als der Rest der Erwerbsbevölkerung. Dabei sind Gründer deutlich risikobereiter als Gründerinnen. Das ist auf den höheren Nebenerwerbsanteil bei Gründerinnen zurückzuführen. Am risikobereitesten sind aber nicht die Selbstständigen, sondern jene, die am liebsten selbstständig wären („Gründungsaffine“). In der deutschen Erwerbsbevölkerung liegt die durchschnittliche

Selbsteinschätzung der Risikobereitschaft bei 5,1 auf einer Skala von null bis zehn. Der Wert für Selbstständige liegt bei 5,5, für Gründer bei 5,7 und für Gründungsaffine bei 5,9.

## 12. Studie: Berichtspflichten zu CSR nachschärfen

Im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz untersuchte das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC), wie die im Handelsgesetzbuch verankerten Berichtspflichten zu Corporate Social Responsibility (CSR) von deutschen Unternehmen erfüllt werden. Der [Bericht](#) wurde Ende vergangener Woche vorgestellt: Nahezu alle Unternehmen in der Stichprobe berichteten über alle gesetzlich geforderten Mindestaspekte: Umwelt-, Arbeitnehmer- und Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung. Christine Lambrecht MdB (SPD), Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz [sagte](#), „die Auswertung zeigt, dass die Güte der nicht-finanziellen Erklärungen und Berichte zwar über die Jahre zugenommen hat, aber dennoch hinter dem Möglichen zurückbleibt. Die Handlungsempfehlungen des DRSC werden einen wichtigen Beitrag leisten zu der öffentlichen Debatte, wie die CSR-Berichtspflichten auf europäischer Ebene gestärkt und effektiver ausgestaltet werden können.“

## 13. Reallöhne in Deutschland 2020 gesunken

Wie das Statistische Bundesamt in seiner [Pressemitteilung](#) vom 17. Februar 2021 mitteilte, sanken 2020 die Reallöhne in Deutschland um einen Prozent. Dieser Rückgang kommt durch um 0,6 Prozent rückläufige Nominallöhne sowie einen steigenden Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent zustande. Somit müssen die Arbeitnehmer in Deutschland 2020 anders als in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 Verdienstverluste hinnehmen. Die Corona-Krise und der daraus resultierende vermehrte Einsatz von Kurzarbeit beeinflusste die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung 2020 stark und führte erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 2007 zu einem nominalen Verdienstrückgang. Zum Vergleich stiegen während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 die nominalen Verdienste im Jahr 2009 um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr leicht an, die realen Verdienste sanken damals um 0,1 Prozent.